

## Entwurf

**Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Förderung der Forschung und Technologieentwicklung (Forschungs- und Technologieförderungsgesetz – FTFG) geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesgesetz zur Förderung der Forschung und Technologieentwicklung (Forschungs- und Technologieförderungsgesetz – FTFG), BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 36/2007, wird wie folgt geändert:

*1. § 1 lautet:*

„§ 1. Gegenstand dieses Bundesgesetzes ist die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie die Förderung von angewandter Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation gemäß Abschnitt II.“

*2. In § 2 erster Halbsatz entfällt die Wortfolge „in Österreich“.*

*3. In § 4 Abs. 1 lit. a wird nach der Wortfolge „einzelner oder mehrerer natürlicher“ die Wortfolge „oder juristischer“ eingefügt.*

*4. In § 4 Abs. 1 lit. c letzter Halbsatz sowie in § 25 Abs. 3 vierter Satz entfällt jeweils die Wortfolge „der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie“.*

*5. In § 4 Abs. 1 wird nach lit. e folgende lit. f angefügt:*

„f) Teilnahme an gemeinsamen europäischen und internationalen Programmen und Förderungsinstrumenten im Rahmen seines Wirkungsbereichs sowie im Auftrag der jeweils zuständigen Bundesministerin oder des jeweils zuständigen Bundesministers.“

*6. § 4a Abs. 2 lautet:*

„(2) Die Teilnahme an europäischen und internationalen Programmen und Förderungsinstrumenten gemäß § 4 Abs. 1 lit. f ist im jeweiligen jährlichen Arbeitsprogramm vorzusehen. Das Präsidium ist ermächtigt, im Rahmen des zuständigen Gremiums des jeweiligen europäischen oder internationalen Förderungsinstruments Entscheidungen über die Verwendung von Mitteln des Wissenschaftsfonds für Vorhaben gemäß § 4 Abs. 1 lit. f zu treffen.“

*7. § 4a Abs. 3 lautet:*

„(3) Die Programme sind der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde hat sich bei der Genehmigung der Programme mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie abzustimmen. Die Vorlage der Arbeitsprogramme hat bis zum 30. September eines jeden Jahres zu erfolgen. Das Mehrjahresprogramm ist der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und der Präsidentin oder dem Präsidenten des Nationalrates zur Information der Abgeordneten zu übermitteln.“

*8. In § 5a Abs. 1 zweiter Satz wird die Wortfolge „je zwei Mitglieder werden von der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung“ durch die Wortfolge „drei Mitglieder werden von der*

Bundesministerin oder vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und ein Mitglied wird von der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie“ *ersetzt*.

9. In § 5a Abs. 1 vierter Satz wird die Wortfolge „haben die Aufsichtsbehörden“ *durch die Wortfolge* „hat die Aufsichtsbehörde“ *ersetzt*.

10. In § 5a Abs. 1 fünfter Satz wird die Wortfolge „für Verkehr, Innovation und Technologie im Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung“ *durch die Wortfolge* „für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie“ *ersetzt*.

11. § 6 Abs. 1 lit. d lautet:

„d) je zwei von der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und von der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Innovation, Verkehr und Technologie ernannte Vertreterinnen oder Vertreter aus dem Bereich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, je ein/e weitere/r von der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und von der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie ernannte/r Vertreter/in sowie“

12. Die Überschrift zu Abschnitt II lautet:

## **„Förderung von angewandter Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“**

13. § 11 samt Überschrift lautet:

### **„Förderungsprogramme und –vorhaben**

§ 11. (1) Zur Förderung von angewandter Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation durch Förderungsprogramme, welche auch ergänzend Grundlagenforschung umfassen können sowie ergänzende Förderungsmaßnahmen, stellt der Bund Mittel bereit.

(2) Im Sinne des Abs. 1 sind folgende Vorhaben zu fördern:

1. anwendungs- technologie- oder innovationsorientierte Vorhaben, welche sowohl Forschung, einschließlich ergänzender Grundlagenforschung, als auch technologische Entwicklung sowie Innovation umfassen können;
2. Vorhaben der Überleitung von FEI-Ergebnissen in Pilot- und Demonstrationsprojekte;
3. Vorhaben zum Aufbau von Humanressourcen und zur Förderung von Ausbildungsmaßnahmen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation;
4. Technische Durchführbarkeitsstudien;
5. Technologietransfer;
6. Gründung technologieorientierter Unternehmen.

(3) Programme gemäß Abs. 1 und Vorhaben gemäß Abs. 2 können zur Teilnahme an gemeinsamen europäischen oder internationalen Programmen und Vorhaben im Rahmen von europäischen oder internationalen Förderungsinstrumenten eingesetzt werden.“

14. In § 13 Abs. 1 wird der Punkt nach der Z 3 durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z 4 angefügt:  
„4. Haftungen.“

15. § 14 Z 3 lautet:

„3. Personengesellschaften.“

16. In § 15 entfallen die Absätze „drei“ und „vier“.

17. § 16 samt Überschrift lautet:

### **„Förderungsentscheidung**

§ 16. (1) Die Entscheidungsbefugnis für Förderungen gemäß § 11 obliegt grundsätzlich der jeweils zuständigen Bundesministerin oder dem jeweils zuständigen Bundesminister.

(2) Über Vorhaben im Rahmen von Programmen gemäß § 11 Abs. 3 entscheidet die jeweils zuständige Bundesministerin oder der jeweils zuständige Bundesminister im Rahmen des zuständigen Gremiums des jeweiligen europäischen oder internationalen Förderungsinstruments.

(3) Zur Entscheidung gemäß Abs. 1 und 2 kann die jeweilige Bundesministerin oder der jeweilige Bundesminister im Rahmenvertrag gemäß § 12 die Abwicklungsstelle ermächtigen, sofern ausreichende

Aufsichts- oder Weisungsbefugnisse gegenüber der Abwicklungsstelle vorhanden sind. In diesem Fall entscheidet die Abwicklungsstelle im Namen und auf Rechnung des Bundes.“

*18. § 18 Abs. 1 lautet:*

„(1) Der Wissenschaftsfonds hat in allen Angelegenheiten, die nach diesem Bundesgesetz in seinen Wirkungsbereich fallen, der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf Ersuchen Berichte und Vorschläge zu erstatten und die notwendigen Daten für die Erfüllung der Planungs-, Strategie- und Controllingaufgaben zur Verfügung zu stellen. Die erteilten Förderungen sind gemäß § 7 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1981 über die Forschungsorganisation in Österreich und über Änderungen des Forschungsförderungsgesetzes (Forschungsorganisationsgesetz – FOG), BGBl. Nr. 341/1981, der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zur Kenntnis zu bringen.“

*19. In § 25 Abs. 1 erster Satz entfällt die Wortfolge „der Bundesministerin oder vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie“.*

*20. In § 25 Abs. 1 dritter Satz sowie § 25 Abs. 3 erster Satz wird die Wortfolge „Die Aufsichtsbehörden haben“ durch die Wortfolge „Die Aufsichtsbehörde hat“ ersetzt.*

*21. In § 25 Abs. 3 zweiter Satz wird die Wortfolge „den Aufsichtsbehörden“ durch die Wortfolge „der Aufsichtsbehörde“ ersetzt.*

*22. § 25 Abs. 3 dritter Satz lautet:*

„Der Aufsichtsbehörde sind auf ihren Wunsch die Akten über die von ihr bezeichneten Gegenstände vorzulegen und die von ihr gewünschten Auskünfte zu erteilen.“

*23. § 31 Z 2 lautet:*

„2. „hinsichtlich der §§ 11, 12, 13, 14, 15 Abs. 2 sowie 16 die Bundesministerin oder der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie oder die Bundesministerin oder der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend für ihren Wirkungsbereich; hinsichtlich des § 15 Abs. 1 die Bundesministerin oder der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie oder die Bundesministerin oder der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend für ihren Wirkungsbereich im Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Finanzen;“

*24. § 31 Z 5 lautet:*

„5. hinsichtlich der §§ 2 bis 10, 18 bis 25 sowie 27 und 30 die Bundesministerin oder der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung mit Ausnahme der individuellen Mitgliederentsendungen gemäß § 5a Abs. 1 zweiter Satz und der individuellen Delegiertenernennungen gemäß § 6 Abs. 1 lit. d, soweit diese gemäß Z 7 erfolgen;“

*25. § 31 Z 6 lautet:*

„6. hinsichtlich des § 28 die Bundesministerin oder der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und die Bundesministerin oder der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und die Bundesministerin oder der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend;“

*26. Der bisherige Text des § 31 Z 6 erhält die Ziffernbezeichnung „7“.*